

Inhalt.

Ueber Steuerverweigerung. Deutschland. Frankfurt (Vorgelagte und nachbedacht). Berlin (Parlamentarischer Artikel über den Beschluß der Nationalversammlung vom 14.). Breslau (Die Lage der Dinge). Aus der Provinz Sachsen (Anarchischer Zustand). Halle (Berunglückter Putsch der Republikaner). Dresden (Eodienfeier für Rob. Blum). Karlsruhe (Aus der 2. Kammer). Aus Rheinhessen (Die Blutschuld). Vom Main (Eodienfeier für Robert Blum). Italien. Cremona (Kundmachung). Mailand (Familiencontributen zur Kriegsteuer). Frankreich. Paris (Ludwig Bonaparte's Gastmahl Handelsvertreter). Dänemark. Kopenhagen (Winterkrisis).

Ueber Steuerverweigerung.

Der in Berlin verbliebne Theil der preussischen Nationalversammlung ist bis zur Steuerverweigerung geschritten. Dieser Schritt ist der äußerste, den eine Versammlung von Volksvertretern thun kann. Er ist der Anwendung der militärischen Gewalt gleichzuachten, ja sogar noch über diese zu stellen, weil er die Desorganisirung des Staates zur unmittelbaren Folge haben muß. Die Steuerverweigerung enthält nichts als einen Act der Selbsthilfe. Sie involviret die Erklärung, daß keine Behörde mehr vorhanden ist, die Recht zu gewähren vermag. Nach der alten Bundesgesetzgebung wäre er der Auflehnung gegen die bestehende Regierung gleich zu achten gewesen, und es hätten daher gegen denselben nicht nur alle der Landesregierung zu Gebote stehenden Mittel, sondern auch diejenigen der Gesamtheit zur Anwendung gebracht werden müssen. Der Centralgewalt und der Reichsversammlung gegenüber kann die Steuerverweigerung der Berliner Nationalversammlung in keinem günstigeren Lichte erscheinen. Sie ist nicht mehr und nicht minder, als ein Vorfahren von der neu zu begründenden Ordnung in Deutschland, sie enthält die Erklärung, daß keine Behörde in Deutschland vorhanden sei, die Recht zu gewähren vermöge. Es ist dadurch der Stab über die Reichsversammlung und die Centralgewalt gebrochen. Die Regierungen haben bis jetzt ihre Unterwerfung unter die Centralgewalt doch noch von Bedingungen und Voraussetzungen abhängig gemacht. Es blieb der Berliner Nationalversammlung vorbehalten, ihr offen den Fehdehandschuh vor die Füße zu werfen. Hätte die Berliner Nationalversammlung das Gefühl dessen gehabt, was sie der Gesamtvertretung Deutschlands schuldig ist, so würde sie sich an diese gewendet und hier Abhilfe gesucht haben. Hatte doch die alte Bundesgesetzgebung besondere Bestimmungen zur Entscheidung solcher Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen, und es ist wahrlich kein Grund zu der Vermuthung vorhanden, daß die Centralgewalt und die Reichsversammlung ihr Amt nicht mit voller Unparteilichkeit gehandhabt haben würden. Allein es ist kein Mitglied der Berliner Nationalversammlung auch nur der Gedanke gekommen, daß es in Deutschland eine oberste Behörde gibt. Der Beschluß vom 14. d. hat übrigens die Sache bereits entschieden. Es ist darin ausgesprochen, daß die Berliner Nationalversammlung der Verletzung ihrer Sitzungen nach Brandenburg Folge zu leisten habe. Die darin der preussischen Regierung gemachte Auflage ist materiell identisch mit dem Rathschlage, welchen der wohlmeinendste Freund ertzählt haben würde: es hätte derselben aber kaum bedurft, weil ihre Befolgung durch die Umstände geboten und das einzige Mittel ist, die Regierung einer schiefen Stellung zu entrücken. Die preussische Regierung wird ebenfowenig gegen den Strom schwimmen wollen, als die Reichsversammlung es zu thun geneigt sein könnte. Die letztere hat durch ihren Beschluß vom 20. beihätigt, daß es noch einen Hort für die Interessen der öffentlichen Ordnung im Vaterlande gibt. Wir zweifeln nicht, daß das preussische Volk einsehen wird, daß von der Berliner Nationalversammlung zu weit gegangen ist, und daß dieselbe nicht in der Lage war, ihrer Regierung den Krieg zu erklären und sich gleichzeitig von den Centralbehörden Deutschlands loszusagen. Die preussische Nationalversammlung ist berufen worden, die Verfassung Preußens festzustellen, wahrlich aber nicht um den Bürgerkrieg in Preußen zu entzünden und eine Spaltung Deutschlands hervorzurufen.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Nov. Vom Standpunkt des Völkerrechts, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit ist die Tödtung Blums vielfach mehr oder weniger richtig beurtheilt worden, vom politischen Standpunkt aus feilt uns aber noch das Urtheil eines kompetenten Richters; dieses möchten wir veranlassen. Man darf kühn behaupten, daß, wenn die Wiener obersten Behörden es absichtlich darauf angelegt hätten, Blum, dem rationalen Vorkämpfer (von höchstens mittelmäßiger Begabung \*), was Intelligenz, Redner talent und höhere Bildung betrifft, den höchsten Standpunkt anzuweisen, den Sterbliche erklimmen können, so konnten sie unmöglich ein zweckmäßigeres Mittel ausfindig machen, als ihn zu erschießen. Der lebende Blum war wenig gefährlich; der gewaltiam Gestödtete ist es unendlich geworden; sein Geist ist als Legion plötzlich in Tausende gefahren, und kann bittere Früchte tragen. Seine Partei hat dadurch die Bluttaupe erlangt, die aus den Wunden des Märtyrers auf sie träuft, darum, verdient oder nicht, im Strahlenglanz der Unsterblichkeit der Mit- und Nachwelt erscheint. Talleyrands Wort wird hier zur Wahr-

\*) Es bedarf kaum der Bemerkung, daß wir diese individuelle Ansicht keineswegs theilen. Red. d. D.-P.-A.-Ztg.

heit: „c'était plus qu'un crime, c'était une faute!“ Man wende nicht die geringfügige Bedeutung des Individuums ein, der Zwerg ist plötzlich zum Riesen geworden durch die Ungeschicklichkeit seiner Feinde. Wird man denn immer sagen müssen: Rien appris et rien oublié?

Wien, 17. Nov. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß auf der lombardisch-venetianischen Ferdinandsbahn der regelmäßige Betrieb in der Strecke zwischen Vicenza und Padua am 9. November l. J. wieder begonnen hat, und auch in der Strecke zwischen Padua und Mestre die Wiedereröffnung des Betriebes in der nächsten Zeit möglich sein wird.

Nachstehender Armeecoercitionsbefehl vom 16. November d. J. ist den k. k. Truppen bekannt gemacht worden: „Es ist Sr. Durchlaucht dem Herrn Feldmarschall von verschiedenen Seiten zur Kenntniß gelangt, daß in mehreren Provinzen durch Emissäre und Plakate Versuche gemacht werden, um die k. k. Truppen zum Treubruche zu verleiten. Hochdieselben erachten bei dem in der k. k. Armee sich stets und auch in der neuesten Zeit mit wenigen Ausnahmen bewährten vortrefflichen Geiste der Truppen, jede Erinnerung an dieselben in dieser Beziehung für überflüssig, finden jedoch hiemit zur allgütlichen und hiers zu wiederholenden Publication bei sämmtlichen Truppencörpern anzuordnen, daß jener Mannschaft vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts, 25 fl. C.-M. ausbezahlt werden, welcher einen Emissär oder Aufwiegler zu Stande bringt und ausliefert, der, sei es nun durch Worte oder durch Vertheilung von Plakaten und Flugchriften den Soldaten aufzuwiegeln und zum Treubruche zu verleiten sucht.“

Berlin, 19. Nov. Der „Pr. Staatsanz.“ enthält folgenden halb-officiellen Artikel: Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat durch ihren Beschluß vom 14. d. M. das Recht der preussischen Krone anerkannt, die Verletzung der vereinbarten Versammlung nach Brandenburg unter den obwaltenden Umständen zu beschließen und nach Ermessen derselben andauern zu lassen. Sie hat diesen Ausdruck mit einer kategorischen Hindeutung auf das gegenwärtige Staatsministerium verbunden, das alsbald durch ein anderes ersetzt werden solle, „welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigungen der Volksfreiheit zu beseitigen geeignet ist.“ Wir glauben aber hier, daß auch die Mitglieder des Staatsministeriums das vielgebrauchte Nelsonsche Wort auf sich anwenden und sich zurufen lassen können: „Das Vaterland erwartet, daß Jeder von euch seine Schuldigkeit thue!“ Diese Schuldigkeit besteht aber in der bewußten und unerschütterlichen Durchführung einer Aufgabe, bei der es sich um Existenz und Ehre eines ganzen Staats und um Aufrechterhaltung seiner alten historischen Größe und Würde handelt, und in deren Vollbringung Wohlgefallen oder Schmähung u einzelner politischer Fractionen nicht maßgebend werden dürfen. Wer sich eine Aufgabe vorgesetzt hat, über deren politische und sittliche Nothwendigkeit er nach Recht und Gewissen mit sich einig geworden, der wird nur dann von derselben zurücktreten, wenn sich gegen die Ausführbarkeit dieser Aufgabe die unabwendbare Gewalt der Umstände oder eine legale Ueberführung seines Irrthums erklärt hat. Am allerwenigsten aber wird er sofort der Polemik gewisser Tagesstichwörter und Parteiiphrasen weichen, die in unseren Tagen ihren kleinen Krieg am meisten gerade gegen denselben richten, der ein frivolos Experimentiren mit den heiligsten Gütern des Staats und der Nation nicht will, und, die Eitelkeit eines in seinem Entstehen schon hinfälligen Tagesruhmes verschmähend, nur auf organischem und gesegnetem Wege den von den Parteien zerwühlerten Staat wiedererbauen will. Unter diesen zur Inquisition gewordenen Tagesstichwörtern sind die Ausdrücke Vertrauen und Volksstimmlichkeit am meisten gebraucht worden, um Alles das, was nicht dem ersten Anschein nach in diese so weitläufigen Kategorien paßt, zu verurtheilen und ihm die Fähigkeit zur Mitwirkung an der Neugestaltung unseres Staatslebens abzupredigen. Diese Ausdrücke sind von unendlichem Werth, wo sie einen wirklichen bestimmten Inhalt bezeichnen, und so wird für die Beurtheilung eines Staatsministeriums wie für seine Wirksamkeit allerdings nichts maßgebender sein können, als das Vertrauen des Landes. Es wird sich dann nur noch darum handeln, welches in einem so aufgerregten und durch Parteilichkeit getrübbten Moment der legale Meinungsdruck sein wird, durch welchen sich das Vertrauen des Landes und die danach zu ermessende Volkstimmlichkeit zu erkennen gibt! Selbst in unsern parlamentarischen Kämpfen hat sich hier oft nur ein höchst zweifelhaftes Resultat ergeben lassen, und diejenigen Abstimmungen in der preussischen Nationalversammlung, durch welche dieselbe einen Widerspruch gegen die Grundsätze des Cabinets zum Beschluß erhob, wurde gerade in sehr wichtigen Fällen nur mit einer einzigen Stimme Majorität entschieden. Die Zufälligkeiten und Geheimnisse dieser parlamentarischen Majorität n der preussischen Nationalversammlung wollen wir hier nicht weiter erktern, sondern können sie vielmehr als bekannt voraussetzen. Wenn aber selbst in jener immerhin legalen Form die Umstände precär sein können, unter denen sich das Vertrauen des Landes für oder gegen eine Verwaltung ausspricht, so können wir uns auf der anderen Seite auch einen Moment denken, in welchem patriotische Staatsmänner das irgendwie erregte Mißtrauen gegen ihre Personen so lange nicht achten, bis es ihnen gelungen sein wird, dasselbe in ein Vertrauen gegen ihre Handlungen durch die ersichtlichen

Folgen der selben umzuwandeln. Entsteht diese Selbstverleugnung aus einer nur die Interessen des Ganzen festhaltenden Idee, so wird sie jederzeit auf die gerechte Anerkennung sich stützen können, daß sie das, was ihr zu vollführen vergönnt wird, aus innigster Ueberzeugung und aus einem klar erkannten, zu jeder Aufopferung bereiten Princip unternommen.

Breslau, 17. Nov. (Pz. 3.) Gestern und vorgestern wollte hier Jedermann wissen, es werde spätestens heute hier die Republik proclamirt werden. Das ist nun freilich in dem Sinne, wie es erwartet wurde, nicht geschehen, nichtsdestoweniger ist hier eine Art Republik für und fertig und thatsächlich proclamirt. Wir haben einen Oberpräsidenten, dem Niemand gehorcht und der seinerseits erklärt hat, daß er eintrittenden Falles seinen Vorgesetzten nicht gehorchen werde; wir haben einen Sicherheitsausschuß, der die städtischen Behörden bevormundet, Waffen, die Privatleuten angehören, in Beschlag nimmt, Munition austheilt und jeden waffenfähigen Einwohner verpflichtet, auf den ersten Ruf zu erscheinen und mit der Büchse in der Hand Widerstand zu leisten. Die Aufregung verdoppelte sich natürlich, als die Nachricht sich verbreitete, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung decretirt habe. Gewaltige Volksmassen strömten nach dem Locale, wo Magistrat und Stadtverordnete sich berathen, was nun zu thun sei. Dr. Asch, der jetzt zu den Führern Breslaus gehört, ermahnte die Menge, ruhig zu harren, bis die Behörden einen volksthümlichen Entschluß gefaßt hätten, und verkündete sodann, daß man beschließen habe, die beim Magistrat eingehenden Steuern zurückzuhalten und von dem Oberpräsidenten dasselbe zu verlangen. Dieser war nun in der äußersten Verlegenheit, er suchte Ausflüchte und meinte endlich, er könne seinen Entschluß erst aussprechen, wenn die Nachricht, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung beschlossen habe, officiell eingezugnen sei. — Auch in Kattowitz ist eine permanente Commission gebildet worden, welche Schusswaffen revidiren, Munition vertheilen und Mannschaften anwerben läßt. In allen schlesischen Städten sprechen Bürgerversammlungen wie Behörden sich für die Nationalversammlung aus und Jedermann jubelt über die plötzliche „Einigkeit der Parteien“. Nur der constitutionell-monarchische Verein zu Oppeln erklärt die Verriagung der Nationalversammlung durch die Krone für gesetzlich zulässig und durch die Umstände gerechtfertigt. Der patriotische Verein zu Legnitz hat schon früher eine ähnliche Erklärung abgegeben. In diesem Augenblicke erhebt sich in der Nähe des Regierungsgeländes ungeheurer Lärm. Die Demokraten wollen den Oberpräsidenten zwingen, den Beschluß der Nationalversammlung wegen der Steuerverweigerung anzuerkennen oder abzudanken.

Provinz Sachsen, 18. Nov. Gerüchte von Aufständen und Plünderungen durchzogen unsere Provinz. In Merseburg und Weissenfels herrscht große Aufregung. In der Gegend von Vibra soll Stockmann mit einer Bande, die vom Gerücht ungeheurer vergrößert wird, umherziehen und brandschatzen. Im ganzen südwestlichen Theil unserer Provinz gährt es unter den Bauern. In Halberstadt hat sich ein Sicherheitsausschuß gebildet und zwei Landwehroffiziere erließen einen Aufruf an die Landwehr, daß sie der Nationalversammlung beistehen solle. Doch scheint sich die erste Hitze überall bedeutend abgekühlt zu haben.

Halle, 19. Nov. Heute ist auch bei uns das erste Bürgerblut geflossen, da Bürgerwehr gegen Bürgerwehr gekämpft hat. Die hiesigen Republikaner suchten natürlich das Berliner Zerwürfniß auszubenten und bezten in großen Volksversammlungen das Volk, d. h. die blinde Masse, zum Aufstand. Heute sollte der Hauptschlag geschehen, da die Einkleidung der Landwehr gebündelt werden sollte. Aufreißerische Reden gegen die hochverrätherischen Behörden wurden von Laternenpfeilen und Brunnen herab gehalten, der Markt wogte von einer brüllenden Menge, die den Magistrat für abgesetzt erklärte und sich sogar thätlich am Obersten der Bürgerwehr vergriff. Diese machte nun einen Bajonnetangriff, und zwar in der Richtung auf das (republikanische) Laniercorps der Bürgerwehr. Diese hielt sich für angegriffen, es kam zum Handgemenge, viele Verwundungen, auch durch Beihiebe, fielen vor, es wurde sogar mit Pistolen von den Lanziern gefeuert, worauf sie entwaffnet, ihr Hauptmann und die Führer der demokratischen Partei verhaftet wurden. Andre flüchteten nach Merseburg, wo gegen Abend Unruhen ausgebrochen sind, so daß die Husaren, welche Nachmittags von dort hierher kamen, schnell zurückgekehrt sind. Bei uns ist Alles ruhig. Wir dürfen um so mehr auf Fortdauer der Ruhe hoffen, da die übergroße Masse der Bevölkerung das Treiben der Demokraten verabscheut und nur durch den Terrorismus einer künstlich erzeugten Dummheit eingeschüchtert war. — In Betreff der Berliner Streitfrage hat die Entscheidung des Frankfurter Parlaments, sowie die im „Bürgerblatt“ veröffentlichten Auftrufe unsrer Deputirten Dunder und Haym sehr heilsam gewirkt. Der constitutionelle Club, welcher hier durch seine Opposition gegen das Ministerium Brandenburg den Ton angab, hat sich sofort in einer Adresse an die Berliner Nationalversammlung dahin ausgesprochen, daß sie und das Ministerium sich den Frankfurter Beschlüssen unterordnen möchten, und daß der geschloze Zustand, welchen das Ministerium durch den unbegründeten Verlagerungsstand Berlins, durch die Einführung von Ausnahmögesezen, ohne die gesetzlich vorgeschriebene so fortige Einberufung des Landtags, herbeigeführt habe, beseitigt werde. Endlich sprach sich der Club und Bürgerverein in Uebereinstimmung mit dem Magistrat gegen die Steuerverweigerung aus. G Halle, 19. Nov. Nach einer achtstägigen kaum mehr



erträglich Spannung und Aufregung, ist es endlich heute bei uns, und insofern Halle maßgebend für die ganze Provinz ist, auch für diese zur Entscheidung gekommen. Die Demokraten hatten für den heutigen Tag alles vorbereitet, was ihnen möglich schien, die Provinz in Aufruhr zu versetzen. Zuerst hatten sie die Soldaten des stehenden Heeres und der Landwehr zu verführen gesucht. Sie hatten Einzelne, sogar Offiziere gewonnen, die öffentlich zur Verweigerung des Gehorsams aufforderten, jetzt aber vor dem Kriegsgericht stehen. In der zu Halle erscheinenden demokratischen Zeitung, einem Blatte niedrigsten Schlags, wurde ungeschont und in den frechsten Ausfällen gegen Behörden und Personen die Verweigerung der Steuern gepredigt. In den Volksversammlungen wurde zum bewaffneten Zug nach Berlin aufgefordert und festgesetzt, daß jeder Teilnehmer an dem Zuge 1 1/2 Thlr. tägliche Löhnung erhalten sollte. Zur Deckung des Aufwandes sollte jeder wohlhabende Bauer gezwungen werden, in die demokratische Kasse 100—200 Thlr. zu zahlen; jeder Rittergutsbesitzer war zu 500 Thlr. Contribution angelegt. In der am 18. d. M. hier gehaltenen demokratischen Volksversammlung wurde die Abfertigung des gesammten königlichen Hauses und des hiesigen Magistrats ohne Weiteres decretirt. Heute sollte der Hauptschlag ausgeführt werden. Die eintreffende Landwehr wurde eingekleidet. Die Demokraten hofften, daß die von ihnen aufgewühlte Landwehr den Dienst verweigere. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, hatten sie für dieselbe Stunde und an demselben Orte, wo die Einkleidung erfolgen sollte, eine Volksversammlung angesetzt und ihr bewaffnetes Corps, eines Hauses aus der niedrigsten Hölle, zum Saug der selben aufgestellt. Dagegen war die gesammte Bürgerwehr und die hiesige Garnison, zum Theil mit scharf geladenen Gewehren, aufgeboten; die Behörden der Provinz und namhafte Verstärkungen an Infanterie und Cavallerie waren hier eingetroffen. Die Volksversammlung wurde mit gefälltem Gewehre auseinandergetrieben und die plötzlich unsichtbar gewordenen Führer der Demokraten in Haft genommen. Ein Weinschanker Kawall und ein Schullehrer Weißgerber wurden im Keller in Weinsäffern gefunden, wohin sie sich in Sicherheit gebracht zu haben glaubten. Nur einige Schüsse von Seiten der Demokraten sind gefallen, Verwundungen durch Prügel, Kolben und Stiefel sind mehrfach vorgekommen. Zur großen Verwunderung und Freude der Bürgerschaft sollen alle Führer der Wähler und alle Freveler gegen die Gesetze eingezogen und der Schlange der Anarchie der Kopf zertritten werden. Das Militär hat sich musterhaft benommen, die Landwehr sich willig einfinden lassen. Die Stadt war bis gegen 10 Uhr Abends ruhig, gegen Mitternacht fielen in mehreren Stadttheilen Schüsse, doch ohne allen Erfolg. Die Thore und Hauptstraßen werden von der Bürgerwehr und dem Militär cernirt. Morgen sollen weitere Verhaftungen und Entwaffnungen der Demokraten folgen.

**Dresden, 20. Nov.** Gestern Nachmittag 3 Uhr ertönte von den Thürmen der Kreuz- und Frauenkirche feierliches Glockengeläute. Ein großer Zug bewegte sich mit besetzten Fahnen, geleitet von Trauermarschällen, unter Vorantritt eines Musikcorps, welches einen Trauermarsch anstimmte, vom Gewandhause über die Promenade, durch die Kreuzgasse, über den Altmarkt, durch die Schloß- und Rossmaringasse, über den Neumarkt bis an die Frauenkirche. Diese war von einer unüberschaubaren Menschenmenge umringt. Im Zuge sah man die Mitglieder aller politischen Vereine, Mitglieder von der Communalgarde, von verschiedenen eingetragenen Corporationen und Behörden. Eine volle Stunde währte es, ehe der großartige Zug in die Kirche gekommen; eine volle Stunde ertönte das Trauergeläute; man feierte das Gedächtniß Robert Blum's. Obgleich die Frauenkirche zehntausend Menschen faßt, so mußten doch mehrere Tausend wegen Mangel an Platz außerhalb der Kirche bleiben. Abwechselnd mit Chorgesängen wurden zu Ehren des Todten Reden gehalten. Wie ich höre, hatte die deutschkatholische Gemeinde schon vorher nach ihrem Vormittagsgottesdienste — der an diesem Tage besonders der geselligen Anerkennung der deutschkatholischen Kirche in Sachen gegolten haben soll — zum Gedächtniß des getödteten Glaubensgenossen eine Todtenfeier begangen. Dieselbe soll von aller äußerer Ornamentation fern, aber eben darum, nach dem Urtheile vieler, sehr würdig und passend gewesen sein.

**Karlsruhe, 17. Nov.** Die badische zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung nach längerer Discussion den Antrag des Abg. Stapp, die Kammer solle ihre tiefgefühlte Entrüstung über die unter dem Schein Rechts geschahene Ermordung, oder wie dieser Antrag später modificirt ward, Tödtung Robert Blums und den darin liegenden Act der Verletzung des Reichsgesetzes über die Unverletzlichkeit der Volksvertreter ausdrücken, mit überwiegender Stim enmehrheit zum Beschluß erhoben.

**Aus Rheinhessen, 20. Nov.** Vor einigen Tagen wurde in dieser Zeitung berichtet, daß die von dem Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn v. Gagern, gegen den Redacteur der in Worms erscheinenden „Neuen Zeit“, Dr. v. Löhr, erhobene Klage wegen beispielloser Verleumdungen am letzten Freitag vor dem Gericht in Alzei zur Verhandlung kommen würde. Da jedoch der als Zeuge geladene Herr v. Gagern zu erscheinen verhindert war, so wurde die Verhandlung auf 14 Tage, bis zum 1. Dec., vertagt. Um indess dem Publikum zu beweisen, daß es das wirklich seltene, aber gewiß nicht beneidenswerthe Talent des Dr. v. Löhr noch nicht in seinem vollen Lichte gesehen habe, lieferte er in der gefrigen Nummer seines Blattes das non plus ultra von Allem, was je Gehässiges gegen Gagern durch die Presse zu Tage gefördert wurde. Hinter diesem Ergüsse einer krankhaft überreizten Phantasie muß Bamberger's jüngste Rede bei Blum's Todtenfeier im demokratischen Verein zu Mainz weit zurückstehen. Nachdem nämlich Dr. v. Löhr in der vorgestrigen Sitzung des demokratischen Vereins zu Worms öffentlich erklärt hatte, daß Robert Blum nicht durch Windischgrätz, sondern durch einen von Frankfurt nach Wien geschickten Brief gemordet worden sei, und daß diesen Brief ein Mann geschrieben habe, den er nicht zu nennen brauche, weil ihn das versammelte Volk recht wohl kenne: brachte er gestern in seiner Zeitung einen Artikel betitelt: „Die Blutschuld“,

worin er Gagern im Selbstgespräch aufführt, wie er von den Furien seines schuldbehafteten Bewußtseins als Mörder Robert Blum's gezeigelt wird. Ich lasse den Artikel selbst folgen mit Anmerkungen zu einzelnen Stellen, die nur durch frühere Artikel desselben Blattes verständlich sind.

„Ich kann ihn nicht vergessen den Mann, den ich so sehr hasste, auf dessen Todesbotschaft ich acht Tage und Nächte mit fiebriger Angst wartete, und nun möchte ich ihn wieder lebend. Der Todte ist mir fürchterlicher als der Lebende, der Todte mit dem finstern Gesichte der Todesverachtung, mit den drei Kugeln in Brust und Kopf. Nachts an meinem Bette steht das bleiche Weib im schwarzen Gewande mit seinen vier kleinen Kinderchen, und sieht mich an. Dieses Weib ist mir fürchterlicher, als das Wuthgeschrei eines ganzen Volkes, als das Angschgeul der hunderttausend Erschlagenen, als die Lehe der Städte, die ich niederbrennen ließ, dieses Weib, mit seinem kummervollen, bleichen Gesichte, dem ich sein Alles geraubt. Dieses Weib erinnert mich, daß auch ich Gatte und Vater bin. Ich wage kaum mehr an Weib und Kinder zu denken, die gräßliche Blutschuld drückt ja bei anderer Empfindung in mir nieder. Und doch war ich nicht immer schlecht. Es gab eine Zeit, wo auch ich glühte für die Freiheit des Volkes, wo ich es redlich meinte, wo ich heiter und arglos sein konnte im Kreise meiner Freunde. Ich war arm, Schulden blühten mich nieder, aber ich war glücklich. Ich war arm, aber glücklich in der Achtung Aller. Ich war ein Mensch, die Versuchung nahte, und ich erlag. Warum verpflanzet ihr mich auf den trügerischen Boden der Höfe, meine Freunde? Ihr habt mich dem Versuchter überliefert, ihr seid schuld, daß ich fiel. Ich hatte die Wahl, ein freies Volk zu leiten, oder Leibbeigier der Jesuiten, Leibbeigier eines Menschen \*) zu werden, der das Organ der Jesuiten ist. Auf der einen Seite Kampf und Dornen, auf der andern Ehre und Ansehen. Ihr hieltet mich für so groß und doch lebt in mir das Bewußtsein geistiger Schwäche, ich fühlte, daß ich einem großen Ziele nicht gewachsen war. Ich wollte herrschen, und fühlte, daß mein Geist nicht ausreichte für ein großes Ziel, und war doch zu stolz, um dem Mann, \*\*) den ich vertrieben, den Vorrang zu lassen! Das war mein erster Schritt. Man rief mich nach Hofe, ich sollte entscheiden — und entschied. Von da begannen meine Leiden. Ich fühlte die Verachtung meiner ehemaligen Freunde. Nur wenige konnte ich gewinnen, die anderen hasste ich. Ich fühlte, wie ich dadurch sank vor mir selber. Ich wollte sie vernichten, ich begann den Kampf eines kleinen Parteihasses. Es gelang nicht. O wenn ihr diese Stunden der Bitterkeit kenntet, wo der Mensch zum Bewußtsein kommt, wie tief er gesunken ist, wenn ihr dieses innere Tosen der Leidenschaften fühltet, ihr würdet begreifen, wie der Wurm in der eigenen Brust den Menschen immer weiter vorwärts treibt auf dem verhängnißvollen Wege, ihr würdet begreifen, daß man da nicht stille stehen kann, daß das Verhängniß den Menschen fortreibt in immer wildere Bahnen, bis das Opfer am Abgrund angelangt ist, der es verschlingt. Ich trage die Schuld von der Verwüstung ganzer Städte und Länder, ich habe Tausende morden lassen, ich habe nicht rechts gesehen und nicht links, ich wollte den Blutvertrag erfüllen, den ich eingegangen. Ich wußte, daß man einem Volke die Freiheit nicht nimmt ohne Blut und Leichen. — Ihr könnt mich deshalb nicht anklagen; wir den ersten Schritt thut, darf vor dem letzten nicht zurückbeben. Ich habe ihn nicht gescheut, diesen letzten Schritt, ich habe kein Mittel gesucht, jeden Tag glaubte ich am Ziele zu stehen, und jeden Tag täuschte ich mich. Ich stehe jetzt wieder davon wie je, ich fange an einzusehen, daß ich Ehre und Ruf vergebens geopfert, daß ich untergehe. Und doch quält das Alles nicht so sehr, wie der eine Schatten. Zehn lange Tage kämpfte ich gegen jeden Schritt zur Rettung des Unglücklichen, zehn lange Tage hoffte ich täglich auf die verhängnißvolle Todeskunde des Menschen, den ich hasste, den ich mit allen Mitteln einer kleinen Seele verfolgte. Ich habe Dualen erduldet in diesen 10 Tagen, die sich nicht schildern lassen, und doch war ich glücklich im Vergleich zu jetzt. Gebt mir diese Dualen wieder, nur entfernt das stumme Weib von meinem Lager, mit seinen Kindern. Gebt mir sie wieder, die Leidenschaft der letzten Monate, mit allen ihren Dualen, mit ihren Greueln und Verbrechen, ich

\*) Darunter ist nach früheren Anspielungen dieses Blattes ein Prinz des großherzoglichen Hauses zu verstehen, mit welchem Herr von Gagern als Minister nach den Berichten der „Neuen Zeit“ häufig speziellen Gefahren sei.

\*\*) Unter diesem Manne ist Hecker gemeint, den Gagern nach einem früheren Artikel der „Neuen Zeit“ vom Boden des Gesetzes verdrängt und in den Aufruhr getrieben habe, um sich diesen gefährlichen Nebenbuhler vom Halse zu schaffen.

will sie tragen, nur nicht dieses todte, kalte Gefühl der innern Vernichtung, dieser stumme Vorwurf in dem kummervollen, bleichen Gesichte.“

Man kann es getrost dem Publikum anheimstellen, ob es diesen Artikel für eine Ausgeburt der Bosheit oder des Wahnsinns halten will. Wohl ob er wird sich Mancher die Frage stellen: Woher diese höllische Bosheit? Der Schlüssel zur Antwort ist nicht schwer zu finden: Herr v. Gagern war früher in der hessischen Kammer Abgeordneter von Vorsch; bei seiner Ernennung zum Minister fand eine neue Wahl statt. Dr. v. Löhr wollte gewählt und deshalb von Herrn v. Gagern bei den Wählern empfohlen sein. Hr. v. Gagern empfahl Dr. v. Löhr nicht, sondern seinen Freund Schenk von Darmstadt.

**Vom Main, 22. Nov.** Auch heute wieder berichten Blätter und Briefe von vielen Dingen her von Feierlichkeiten zum Gedächtniß Robert Blums. In Stuttgart, Cannstadt, Tübingen, Karlsruhe, Neustadt a. d. S., Jülich etc. ist eine Todtenfeier begangen worden.

### Italien.

In Cremona wurde laut einer in der Mailänder Zeitung enthaltenen Rundmachung des commandirenden Generals Fürst Eduard Liechtenstein am 4. November ein gewisser Anton Anonelli standrechtlich verurtheilt und erschossen, weil er gelegentlich einer wegen des Verdachts schwerer Verwundung durch die Gendarmen bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung im Besitze einer Pistole und einer mit zwei Löchern versehenen Kasse nach Art derjenigen, deren sich die Angreifer, um nicht erkannt zu werden, bedienen, getroffen wurde.

Aus Mailand berichtet die „Edg. Ztg.“: Wir haben jüngst eine Proclamation von Radtky mitgeteilt, welche die Auflegung einer Contribution auf die bei der italienischen Erhebung am stärksten Beteiligten in Aussicht stellte. Diese Auflage ist nun wirklich, wie ein uns gültig mitgeteilter Privatbrief vom 16. d. M. meldet, erfolgt. Die Größe der Contribution ist 6,240,000 Lire, welche von 15 Personen, unter denen wir Herzog Litta mit 800,000, Herzog Visconti mit 800,000, Cellerio mit 400,000, eine Donna Theresie Cramer mit 40,000 herausheben, zu bezahlen sind.

### Frankreich.

**Paris, 19. Nov.** Ludwig Bonaparte gab gestern ein großes Gastmahl, zu welchem mehrere Abgeordnete und einige Mitglieder des diplomatischen Corps geladen waren. Das Fest hatte durchaus keinen officiellen Charakter. — Es ist von einem neuen Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der französischen Republik die Rede.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 16. Nov., Morgens.** Der Reichstag hat am Montag nicht die bestimmt erwartete Erklärung der Entscheidung über die Ministerkrise erhalten, das Ministerium besteht noch, allein dennoch ist kein Zweifel, daß wir uns in einer Ministerkrise befinden, deren Lösung noch nicht gelungen. In der Montagsitzung des Reichstages sprach sich der allein anwesende Justizminister über diese Fragen ausweichend aus.

— Es heißt, die Ministerkrise ziehe sich so in die Länge, weil die Zusammensetzung des neuen Ministeriums von Antwortbriefen aus entfernten Orten abhängt. General Hansen übrigens, der als Ministercandidat genannt wird, ist bereits gestern von Alsen angekommen. „Styveposten“ bemerkt, daß Professor Clausen unter den Mitgliedern des neuen Ministeriums bestimmt genannt wird und damit alles Geschrei von einem unnationalen reactionären Ministerium falle.

— Daß die äußere Politik und daß ferner eine Meinungsverschiedenheit über die auswärtige Politik zwischen dem Könige und den Ministern (wahrscheinlich nur einem Theile derselben) der Grund der Ministerkrise ist, liegt außer Zweifel. Die Artikel des „Hädeland“ sind geeignet, die früher ausgesprochene Vermuthung zu bestätigen, daß der König geneigt ist, in der gestellten Alternative eine Personalunion zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, der Theilung Schleswigs oder gar der Erneuerung des Kriegs für das Casusprogramm vorzuziehen.

— Privatmittheilungen aus Kopenhagen vom 16. um 1 Uhr Mittags zufolge lautet die Liste des neuen Ministeriums folgendermaßen: Graf A. W. Moltke Präsident und Ausrüstungs-, v. Sponneck Finanzen, Madsvig Cultus, General Hansen Krieg, Bang Inneres, Clausen vorläufig ohne Portefeuille, v. Zahrmann Marine, v. Bardenheub Justiz. Die Liste wird noch nicht als officiell, aber als sehr wahrscheinlich mitgeteilt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Wallen.

| Cours der Staats-Papiere 22. Nov. 1849 (Schluss der Börse.) |                     |        |        |           |               |        |        |              |         | Wechsel-Cours. |         |
|---|---------------------|--------|--------|-----------|---------------|--------|--------|--------------|---------|----------------|---------|
| Land  | Art                 | Preis  | Gold   | Währung   | Art           | Preis  | Gold   | Den 22. Nov. | Gold    | Den 22. Nov.   | Gold    |
| Oesterreich   | Staats-Obligationen | 69 1/4 | 65 3/4 | Wien      | 1000 fl. 1848 | 73 3/8 | 74 1/4 | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 61     | 58 1/2 | Wien      | 1000 fl. 1849 | 73 1/2 | 74 1/2 | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 36 1/2 | 36 1/4 | Wien      | 1000 fl. 1850 | 79 1/2 | 79     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | Bank-Obligationen   | 150    | 110    | Wien      | 1000 fl. 1851 | 67 1/2 | 20 3/8 | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | 1000 fl. 1852       | 79 3/4 | 75 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1852 | 78     | 77     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 118    | 117    | Frankfurt | 1000 fl. 1853 | 1      | 50 1/2 | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | 1000 fl. 1854       | 66 1/2 | 65 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1854 | 17     | 16 5/8 | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 58     | 57     | Frankfurt | 1000 fl. 1855 | 268    | 25 1/2 | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 75 1/2 | 74 3/4 | Holland   | 1000 fl. 1856 | 6 1/2  | 6      | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 74 3/4 | 74 1/2 | Holland   | 1000 fl. 1857 | 71     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
| Preussen  | Staats-Obligationen | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1858 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1859 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
| Bavarien  | Staats-Obligationen | 60     | 59 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1860 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 21 1/2 | 20 5/8 | Frankfurt | 1000 fl. 1861 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
| Sachsen   | Staats-Obligationen | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1862 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1863 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
| Baden   | Staats-Obligationen | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1864 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1865 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
| Sachsen   | Staats-Obligationen | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1866 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1867 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
| Sachsen   | Staats-Obligationen | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1868 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1869 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
| Sachsen   | Staats-Obligationen | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1870 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |
|   | do. do.             | 74 3/4 | 74 1/2 | Frankfurt | 1000 fl. 1871 | 70     | 70     | 100          | 103 1/4 | 100            | 103 1/4 |